Subventionsdschungel Energiewende

Neue DSi-Studie zeigt ernüchternde Ergebnisse auf

Bild: Frank Wagner/Fotolia

5,4 Milliarden Euro wurden 2017 aus dem Bundeshaushalt für die Energiewende bereitgestellt. Dennoch wird das selbstgesteckte CO_2-Ziel verfehlt. Eine neue Studie des Deutschen Steuerzahlerinstituts analysiert die Ausgaben, weist auf Probleme hin und macht Lösungsvorschläge, wie die Energiewende mit geringeren Ausgaben gelingen kann.

Elektroautos, Lastenräder, Windkraftanlagen, Solaranlagen, Internetseiten für Energiespartipps, Energieberater, „Klima-Werkstätten" oder eine "KlimaTeller-App" – die Liste der Maßnahmen, mit denen die Bundesregierung die Energiewende zum Erfolg bringen will, ist lang. Immer neue Projekte und Förderprogramme sollen helfen, die ambitionierten Energiewende-Ziele der Bundesregierung zu erreichen.

Trotz jahrelanger Förderung sind die Ergebnisse ernüchternd. Der Rückgang der deutschen Treibhausgasemissionen stagniert seit 2009. Damit wird eines der wesentlichen Ziele der Energiewende, die Senkung der Treibhausgasemissionen, deutlich verfehlt. Gestiegen sind hingegen die Kosten der Energiewende. Allein für die Förderung der Ökostromanlagen wurden die deutschen Stromkunden im vergangenen Jahr mit mehr als 24,4 Milliarden Euro zur Kasse gebeten. In diesem Jahr sollen es laut Prognosen sogar rund 25,6 Milliarden Euro sein.

5,4
Milliarden Euro
gab der Bund im Jahr 2017 zur Umsetzung der Energiewende aus.

Bund zahlt für Energiewende

Die Kosten der Energiewende erschöpfen sich jedoch nicht in den Ausgaben für die EEG-Umlage. Zusätzlich standen 2017 rund 5,4 Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt für Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende zur Verfügung, wie das Deutsche Steuerzahlerinstitut (DSi) jetzt durch eine umfangreiche Haushaltsanalyse herausgefunden hat. Die Ergebnisse der Analyse fasst das Institut im aktuellen DSi kompakt „Subventionsdschungel Energiewende – Ein Überblick" zusammen. Über unsere Recherchen hatte die FAZ exklusiv berichtet.

20
Prozent
sind die Ausgaben des Bundes zur Umsetzung der Energiewende vom Jahr 2016 zum Jahr 2017 gestiegen.

Intransparente Ausgaben

Dabei ist aufgefallen, dass die Ausgaben des Bundes an vielen Stellen nicht transparent sind. Die Mittel sind in den Haushalten von fünf verschiedenen Ressorts und in einem Sondervermögen verbucht. Hinzu kommt, dass die einzelnen Ressorts zum Teil unterschiedliche Angaben machen, welche Ausgaben der Energiewende zuzurechnen sind. Die Analyse des DSi zeigt, dass die Ausgaben deutlich zugenommen haben – um rund 20 Prozent allein von 2016 zu 2017.

Vor dem Hintergrund hoher Ausgaben überrascht es, dass die Energiewende-Ziele zum Teil deutlich verfehlt werden. Bei genauerem Hinsehen wird jedoch deutlich, dass es strukturelle Konstruktionsfehler der Energiewende-Förderung sind, die diese teuer machen und dazu beitragen, dass die Emissions-Ziele nicht erreicht werden.

Durch eine Vielzahl von Einzelzielen – wie zum Beispiel die Senkung des Energieverbrauchs für Wärmebereitstellung oder im Verkehr – verliert sich die Politik im energiepolitischen Klein-Klein. Dabei gerät das wesentliche Ziel der Senkung der Treibhausgasemissionen insgesamt aus dem Blick. Und es ist unnötig teuer: Die CO_2-Einsparungen, die mit den steuerfinanzierten Maßnahmen erreicht werden, variieren zwischen den Maßnahmen erheblich. Die Energiewende, die nicht zuletzt für eine effizientere Verwendung der Energieressourcen steht, ist selbst ineffizient.

Um die Treibhausgasemissionen wirksam zu senken, ist eine technologiegenaue Feinsteuerung einzelner Sektoren, wie beispielsweise für den Verkehr, die Wärmeversorgung oder Stromversorgung, gar nicht nötig. Viel sinnvoller wäre eine klare Priorisierung der Ziele und die konsequente Ausrichtung auf besonders effiziente Maßnahmen zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen. Das Gegenteil war in den vergangenen Jahren jedoch der Fall: Bei sich abzeichnenden Zielverfehlungen wurden immerfort neue kleinteilige Maßnahmenprogramme beschlossen.

Planwirtschaftliche Steuerung

Die politische Feinsteuerung und immer neue steuerfinanzierte Maßnahmen tragen deutliche Züge einer Planwirtschaft. Besser als kleinteilige und teure nationale Fördermaßnahmen wäre es, den bereits vorhandenen europäischen Emissionszertifikate-Handel zu stärken. Die Energiewende könnte so kostengünstiger und zielgenauer umgesetzt werden. *PB*

Tipp! Bestellen Sie das neue DSi kompakt „Subventionsdschungel Energiewende – Ein Überblick" kostenlos auf www.steuerzahlerinstitut.de